

Freddy Cremer
ProDG-Fraktion

Montag, den 6. Mai 2019

Dokument 62 (2018 – 2019) Nr. 10

Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Regionales Entwicklungskonzept der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Abschluss der zweiten Umsetzungsphase 2014-2019 und Ausblick

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

In der heutigen Plenarsitzung behandeln wir zuerst das Regionale Entwicklungskonzept, anschließend befassen wir uns mit der ersten Anpassung des Haushalts und im Rahmen eines Resolutionsvorschlags werden wir die Autonomieentwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der belgischen Staatsstruktur unter die Lupe nehmen.

Regionales Entwicklungskonzept, Haushalt der DG und Autonomieentwicklung bzw. Autonomieausbau sind drei eng miteinander verzahnte Politikfelder. Derjenige, der diese politischen Schnittmengen nicht erkennt, leidet an politischer Kurzsichtigkeit.

Das REK zeichnet sich durch eine langfristige politische Vision für Ostbelgien aus. Gleichzeitig wird in einem konkreten Umsetzungsprogramm festgelegt, wie man schrittweise vorwärts zu gehen gedenkt und wie die einzelnen Maßnahmen finanziert werden sollen. Politische Vision und gesunder Haushalt gehen Hand in Hand.

Diese Gemeinschaftspolitische Erklärung zeigt eine nachhaltige, visionäre und vor allem auch finanzierbare politische Perspektive für die Menschen in unserer Gemeinschaft auf.

Ich muss nicht auf jedes einzelne Politikfeld eingehen, denn dann müsste ich die Regierungserklärung der vergangenen Woche wiederholen. Ich möchte vielmehr das politische Instrument der Regionalentwicklung etwas genauer unter die Lupe nehmen und die Tragweite des REK für die Gestaltung der Politik in unserer Gemeinschaft hervorheben.

Die laufende Sitzungsperiode begann mit der Regierungserklärung vom 17.

September 2018, in der Ministerpräsident Paasch erklärte, dass bis zum September 2018 bereits 83% der zu Beginn der Legislatur angekündigten Maßnahmen umgesetzt seien und dass man die letzte Sitzungsperiode dazu nutzen werde, um weiter an der systematischen Umsetzung der in der Regierungserklärung vom 18. Mai 2015 angekündigten 500 Maßnahmen und Arbeitsschritte zu arbeiten.

Vergangene Woche erklärte der Ministerpräsident, dass 93% aller Maßnahmen des REK II umgesetzt sind.

Doch nicht nur die letzte Sitzungsperiode, sondern die gesamte Legislaturperiode 2014 – 2019 trägt den Stempel des Regionalen Entwicklungskonzepts. Ganz zu Beginn der Legislaturperiode wies Ministerpräsident Paasch am 16. September 2014 in der Gemeinschaftspolitischen Erklärung mit dem Titel „Autonomie gestalten, Autonomie erweitern“ mit Nachdruck auf die übergeordnete Bedeutung des REK hin.

Es ist daher nur folgerichtig, dass wir in der letzten Plenarsitzung der laufenden Legislaturperiode die zweite Umsetzungsphase des REK rückblickend bilanzieren und gleichzeitig vorausschauend die weitere Entwicklung des Regionalen Entwicklungskonzept in Angriff nehmen.

Es sei an dieser Stelle mit Nachdruck erwähnt, dass zwar eine Legislatur zu Ende geht, dass aber damit das Regionale Entwicklungskonzept noch keineswegs abgeschlossen ist. Ganz im Gegenteil, lediglich die zweite Umsetzungsphase geht zu Ende und es geht bereits heute darum, die dritte Umsetzungsphase zumindest thesenartig vorzubereiten. Selbstverständlich handelt es sich dabei lediglich um Vorschläge der aktuellen Regierung. Es obliegt der zukünftigen Regierung darüber zu entscheiden, wie in der kommenden Legislatur mit dem Regionalen Entwicklungskonzept verfahren werden soll.

Aber schon JETZT den Rahmen für ein REK III zu skizzieren, ist ein klares Zeichen nachhaltiger und zukunftsorientierte Politik, der ein Verständnis von Politikgestaltung zugrunde liegt, das sich nicht in ein Korsett von Legislaturperioden drängen lässt.

Die Gemeinschaftspolitische Erklärung von letzter Woche beschreibt ein **nachhaltiges, ambitiöses visionäres und zukunftsorientiertes, transparentes, gestalterisches, überprüfbares und finanzierbares politisches Programm.**

Ich werde in meiner Stellungnahme diese verschiedenen Aspekte aufgreifen und etwas näher verdeutlichen.

Das in der Regierungserklärung beschriebene Regionale Entwicklungskonzept beinhaltet einerseits eine klare Vision für die DG und ist andererseits der Garant für politische Kontinuität.

Das Regierungshandeln in unserer Gemeinschaft zeichnet sich seit 2009 durch eine

große Kontinuität aus.

Vor 10 Jahren wurde nach langen Vorarbeiten, an denen viele Akteure aus allen Bereichen beteiligt waren, das erste Regionale Entwicklungskonzept aus der Taufe gehoben.

Aufbauend auf das erste REK wurde 2014 für die laufende Legislatur ein zweites REK mit drei Querschnitts- und 24 Zukunftsprojekten ausgearbeitet. Und, wie einleitend bereits gesagt, wurden von über 500 konkreten Maßnahmen des Umsetzungsprogramms 93% Prozent verwirklicht.

Es zeugt von großer politischer Verantwortung, dass über mehrere Legislaturperioden so zielgerichtet und so konsequent an der Verwirklichung einer politischen Vision gearbeitet wurde.

Diese politische Kontinuität ist das Resultat dieser strategischen Zielgerichtetheit.

Zielgerichtetheit bedeutet aber nicht Starrheit. Ein REK ist kein in Marmor gemeißeltes politisches Dogma. Auch ein langfristig angelegtes Entwicklungskonzept muss so aufgestellt sein, dass auf neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen reagiert werden kann.

Aber es ist gerade der vorhandene Strategieplan, der verhindert, dass in politisch turbulenten Zeiten ein politischer Schlingerkurs gefahren wird, der dann meist nur in politischen Aktionismus ohne erkennbare langfristige Ziele mündet.

Gerne wiederhole ich den schon oft von mir gemachten Vergleich, dass das REK wie ein politisches Navigationssystem ist, in das man das langfristige Ziel „Ostbelgien Leben 2025“ programmiert hat.

Dieses Ziel ist die Vision für Ostbelgien als Grenzregion, Wirtschaftsregion, Bildungsregion, Solidarregion und Lebensregion für das Jahr 2025.

Das REK beinhaltet eine realisierbare Vision.

Die im REK festgelegte Vision beschreibt keine Utopie und ist keine politische Fiktion. Ganz im Gegenteil, in diesem politischen Navigationsinstrument sind alle Zukunftsprojekte und die Maßnahmen festgelegt, die konsequent Schritt für Schritt umgesetzt werden müssen, um dieses langfristige Ziel zu erreichen.

Verzögerungen kann es geben, Maßnahmen müssen gegebenenfalls angepasst oder vervollständigt werden, neue Maßnahmen sind eventuell erforderlich.

Aber eines ist gewiss, das langfristige Ziel wird man niemals aus den Augen verlieren, da im REK klare Orientierungspunkte verankert sind.

Das Regionale Entwicklungskonzept ist transparent und nachprüfbar.

Regelmäßig hinterlegte die Regierung detaillierte Fortschritts- und Finanzberichte bezüglich der Umsetzung des REK.

In diesen Zwischenberichten wird detailliert der Stand der Dinge in den einzelnen Projekten und bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen dokumentiert.

Ich behaupte, dass in der noch jungen Geschichte unserer Gemeinschaft das Regierungshandeln nie transparenter dargelegt wurde. In diesen Zwischenberichten wird detailliert aufgeführt, in welchen Projekten und bei welchen Maßnahmen es Verzögerungen in der konkreten Umsetzung gibt.

Ich frage Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, kann Politik transparenter sein?

Das Regionale Entwicklungskonzept ist das Resultat eines partizipativen Prozesses.

An der Entwicklung der Vision „Ostbelgien 2025“ haben viele Menschen aus allen gesellschaftspolitischen Bereichen mitgewirkt. Die gleiche Feststellung gilt für die Umsetzung der einzelnen Zukunftsprojekte und der einzelnen Maßnahmen.

Die erste Gelingensbedingung für ein erfolgreiches Entwicklungskonzept ist ein breiter Beteiligungsprozess. Das ostbelgische Entwicklungskonzept wurde MIT den Akteuren festgelegt und es wird in Zusammenarbeit MIT den Akteuren umgesetzt.

Ein solches Entwicklungskonzept hat nur dann eine wirkliche Chance, wenn die Menschen einer Region bei der Ausarbeitung und bei der Umsetzung dieses Konzeptes von Anfang an mit dabei sind. Sowohl die Entwicklung als auch die Umsetzung des REK waren und sind das Resultat eines dialogischen Prozesses und keineswegs das Diktat einer übergeordneten Behörde.

Und genau diesen partizipativen Aspekt betonte Ministerpräsident Paasch in der Gemeinschaftspolitischen Erklärung, als er zu einer breiten Beteiligung an der Ausarbeitung des REK III aufrief.

Noch nie wurden so viele Bürger unserer Gemeinschaft so intensiv sowohl in die Entwicklung einer politisch-strategischen Vision als auch in die Verwirklichung dieser Ziele eingebunden.

Und eine Mehrheit der ostbelgischen Bevölkerung teilt diese Einschätzung. Viele Menschen sind der Meinung, dass sie ein Wort mitzureden haben, wenn es um die Gestaltung der Politik in unserer Gemeinschaft geht. Das belegt eindeutig die im

Sommer 2018 durchgeführten forsa-Umfrage.

Wörtlich heißt es im Bericht „Im Vergleich zu den Befragungen aus den Jahren 2011 und 2014 ist der Anteil derer, die meinen, es gebe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in ihrer Gemeinde genügend Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten, weiter angestiegen.“ (Seite 39)

Von 47 % im Jahre 2011 ist der Anteil derjenigen, die dies für die DG-Ebene bejahen, im Jahre 2018 auf immerhin 60% angestiegen.

Dieser Wert kann und muss noch weiter verbessert werden. Aber wir sind auf dem richtigen Weg und dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die ab September 2019 organisierte strukturierte Bürgerbeteiligung in Form von Bürgerversammlungen und Bürgerrat einen weiteren wesentlichen Beitrag dazu leisten wird, die Menschen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch intensiver in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Aber schon vor der Entscheidung, den organisierten Bürgerdialog ab September 2019 in unserer Gemeinschaft einzuführen, waren die Ausarbeitung und die Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzepts Paradebeispiele für aktive Bürgerbeteiligung.

Das Regionale Entwicklungskonzept schafft Akzeptanz

Die Feststellung, dass laut der repräsentativen forsa-Umfrage von 2018 immerhin 75 % mit der Politik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zufrieden sind und dieser Wert somit um 11 % höher liegt als noch im Jahre 2011, ist für mich ein klares Indiz dafür, dass sich die Politik in unserer Gemeinschaft keineswegs von den Bürgern entfernt oder entfremdet hat.

Es ist maßgeblich der eben beschriebene breit angelegte partizipative Ansatz, der diese positive Entwicklung erklärt.

Diese breite Beteiligung der Akteure zeigte sich beispielsweise bei der Gestaltung der uns übertragenen Befugnisse im Bereich der Beschäftigungspolitik.

Und als in der vergangenen Woche die drei Übertragungsdekrete auf der politischen Agenda standen, ist fast *unisono* von allen Rednern gesagt worden, dass es bei der konkreten Ausgestaltung der neuen Befugnisse darauf ankommen werde, alle relevanten Partner mit ins Boot zu nehmen.

Neben dem Wirtschafts- und Sozialrat, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, dem Arbeitsamt der DG, den Sozialpartnern, dem Ministerium, den politischen Fraktionen... ist es von entscheidender Bedeutung, bei der Gestaltung der drei neuen

Zuständigkeiten die Gemeinden von Anfang an in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Es werden sich ganz neue Perspektiven der Kooperation zwischen Gemeinschaft und Kommunen eröffnen, wenn es gilt, alles Bisherige auf den Prüfstand zu legen und mit Mut zur Innovation nach kreativen passgenauen Lösungen zu suchen.

Zuständigkeitserweiterungen waren und sind nie ein Selbstzweck, sondern lediglich ein Mittel oder ein Hebel, um passgenaue Antworten auf die Herausforderungen in unserer Gemeinschaft zu finden.

Dieser zu schaffende konkrete Mehrwert für die Menschen in unserer Gemeinschaft wird auch in den neuen Zuständigkeitsbereichen der einzig gültige Handlungsmaßstab sein.

Die Gemeinschaftspolitische Erklärung der vergangenen Woche zeugt von großer Kontinuität. Sie bilanziert die Maßnahmen in den 3 Querschnitts- und in den 24 Zukunftsprojekten und sie entwirft vorausschauend Handlungsoptionen für 31 Zukunftsprojekte in allen fünf Themenbereichen für die kommende Legislatur.

Dieses Thesenpapier zur Vorbereitung der dritten Umsetzungsphase des Regionalen Entwicklungskonzepts wurde bereits Ende August 2018 vorgelegt und wurde inzwischen von vielen Akteuren kommentiert und ergänzt.

Etwa 170 Vertreter der organisierten Zivilbevölkerung Ostbelgiens wurden gebeten, schriftlich Stellung zu diesem Thesenpapier zu beziehen. 37 Vertreter haben davon Gebrauch gemacht. Von Januar bis März 2019 fanden verschiedene Formen des Bürgerdialogs statt. Es gab Bürgergespräche in St.Vith und in Eupen, es bestand die Möglichkeit der Online-Kommentierung und die ostbelgische Jugend wurde an diesem Prozess beteiligt.

Auch die dritte Umsetzungsphase setzt auf eine breite Bürgerbeteiligung. Wörtlich heißt es auf Seite 39 der Gemeinschaftspolitischen Erklärung: „Wir sind der Ansicht, dass Regionalentwicklung, im Sinne der Nachhaltigkeit, jetzt und zukünftig nicht von oben herab, sondern ganzgesellschaftlich, unter Einbeziehung der ostbelgischen Institutionen, Vereinigungen und Organisationen, der neun deutschsprachigen Gemeinden und Sozialpartner und nicht zuletzt der Bürgerinnen und Bürger in Ostbelgien stattfinden sollte.“

Wenn es uns gelingt, aufbauend auf das bisher Erreichte mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinschaft eine politische Vision für Ostbelgien im Jahre 2040 zu entwerfen, dann wurde das Zitat von Ex-Bundeskanzler Willy Brandt zurecht vom Ministerpräsidenten an den Anfang und an das Ende der vorliegenden Gemeinschaftspolitischen Erklärung gestellt.

„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“

Die ProDG-Fraktion ist sowohl vom Mehrwert einer dritten Umsetzungsphase des Regionalen Entwicklungskonzepts als auch von einer zweiten Ostbelgienstrategie für das Jahr 2040 überzeugt und somit selbstverständlich auch gerne dazu bereit, diesen Prozess mit voller Tatkraft zu unterstützen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Freddy Cremer
ProDG-Fraktion
6. Mai 2019